

Nach den Vereinbarungen im Friedensabkommen soll eine Wahrheitskommission gebildet werden, die Verbrechen während des Konflikts untersuchen und Entschädigungen für die Opfer verlangen soll. Vorbild war u.a. die Wahrheitskommission in Südafrika.

SEMANA stellt Überlegungen an, vor welchen Schwierigkeiten die Kommission in Kolumbien stehen könnte:

Die Risiken der Wahrheitskommission

(8.4.2017)

In wenigen Monaten wird die Wahrheitskommission aus der Taufe gehoben. Niemand zweifelt an ihrer Wichtigkeit, jedoch gibt es viele Befürchtungen über ihre Rolle angesichts des derzeit herrschenden politischen Klimas im Land. Wird sie zur Büchse der Pandora für neuen Hass oder zum Instrument des Ausgleichs?

Diese Woche unterzeichnete Präsident Juan Manuel Santos ein Dekret mit Gesetzeskraft, mit dem die Wahrheitskommission geschaffen wird. Sie ist Teil der Vereinbarungen von Havanna und essenzielles Bindeglied zur Übergangsgerechtigkeit. Ihre Bedeutung wurde jedoch eingetrübt durch die Protagonisten in der Debatte über die Spezielle Justiz für den Frieden, eine weitere Säule des Systems, das den Verletzungen ein Ende setzen soll, die der Krieg in Kolumbien hinterlassen hat.

Die Kommission wird fünf Ziele haben:

1. Schwere Menschenrechtsverletzungen aufzuklären, die in Kolumbien während des Konflikts begangen wurden.
2. Die Gruppen zu identifizieren, die besonders unter diesen Taten gelitten haben, z.B. die Frauen, die Führer sozialer Bewegungen oder ethnische Minderheiten.
3. Abzuschätzen, welchen zerstörerischen Effekt politische Gewalttaten auf die Demokratie hatten.
4. Die Komplexität des langen Konflikts begreiflich zu machen.
5. Die Verantwortlichkeiten von Tätern kenntlich zu machen und Grundlagen dafür zu definieren, dass die Taten sich nicht wiederholen.

Wie im Friedensabkommen festgelegt, wird die Kommission drei Jahre lang amtieren, aus 11 Mitgliedern bestehen, öffentlich vorgestellt und von denselben fünf Personen bestimmt werden, die auch die Richter des Sondertribunals auswählen sollen. Zudem wird die Kommission einen extrajudiziellen Charakter haben, d.h. was von ihr festgestellt wird, kann nicht als juristischer Beweis benutzt werden. Schließlich wird sie auch öffentliche Anhörungen durchführen, wodurch sichergestellt wird, dass erstmalig kollektive Läuterungsprozesse in Bezug auf erlittene Leiden stattfinden können.

Die Kommission hat unter den Opfern Freude ausgelöst, weil sie wissen, dass derartige Organisationen entstehen, damit man nun auch an sie denken wird und dass sie Teil der Wiedergutmachung sein werden, die ihnen zusteht. Auch besteht in akademischen Kreisen und in der Zivilgesellschaft die Überzeugung, dass die Wahrheit ein Art Faden sein wird, der die Wunden schließen kann, die der Krieg gerissen hat und man von Versöhnung sprechen können. Aber all dies wird nicht leicht werden. Die Wahrheitskommission wird sich in Kolumbien gigantischen Herausforderungen gegenübersehen. Je nachdem, wie sie die Probleme angeht, wird sie viele Übel heilen können, oder diese können im Gegenteil wie Metastasen neue Probleme generieren. Daher bestehen bei vielen Gruppierungen Zweifel, ob dies der richtige Moment ist, um Gremien wie diese Kommission ins Leben zu rufen und ob das Land reif genug ist für sie. Die internationalen Erfahrungen sind in dieser Hinsicht nicht gerade schmeichelhaft.

Zu allererst benötigt eine Kommission, die gemäß einer ethisch-politischen Dimension handeln soll, ein sehr hohes Maß an Legitimität. In Kolumbien genießen jedoch weder der Friedensvertrag noch das System der Übergangsjustiz breite Unterstützung. Das Plebiszit vom 2. Oktober 2016 bedeutete einen irreparablen Schaden für den Geist der Versöhnung und des Zusammenlebens, der dem Friedensvertrag zugrunde liegt. Noch schwerwiegender ist, dass man im Ergebnis des Plebiszits sich widersprechende Narrative über den Konflikt erkennen kann: Eines, das die Strömung von Expräsident Uribe ins Feld führt und die man so zusammenfassen kann, dass allein die FARC für gravierende Verbrechen in Kolumbien verantwortlich sei. Das andere ist das der Regierung, wonach im Krieg alle Akteure Grausamkeiten verübten, also auch das Militär und Gruppen aus den Eliten. Daher betrachtet die Rechte die Wahrheitskommission als zweischneidiges Schwert, das in Havanna gegen sie geschärft wurde. Also ist die politische Polarisierung eine enorme Herausforderung dafür, dass eine Kommission überhaupt arbeitsfähig wird. In Ländern wie Spanien, wo man seit zehn Jahren den Pakt des Schweigens hinterfragt, der während der Periode des Übergangs zur Demokratie herrschte, wurde niemals eine Wahrheitskommission eingesetzt –und sie wird auch nicht mehr eingesetzt werden- weil das Land eben im Blick auf die Vergangenheit gespalten ist.

Der entscheidende Faktor für die Legitimität liegt in der Unabhängigkeit der Kommissionsmitglieder und besonders in der Figur ihres Vorsitzenden. Es wird nicht leicht sein, Personen zu finden, die allen als vertrauenswürdig gelten, denn der kolumbianische Konflikt durchdrang wegen seiner langen Dauer viele Instanzen, stigmatisierte viele Führungskräfte und säte tiefes Misstrauen. Daher wird es eine gewaltige Aufgabe sein, ein Team zu finden, das durch Neutralität gewappnet ist. Und es besteht auch ein entgegengesetztes Risiko, dass nämlich eine Quotenlösung stattfindet, um ein Gleichgewicht der Sichtweisen in der Kommission herzustellen, das zu einer Logik der „Verhandelbarkeit“ der Wahrheit führt und so noch mehr Konflikte erzeugt.

Diese Grundlage der Legitimität führte in Südafrika zu gewissen Erfolgen. Die dortige Kommission hatte nicht nur den totalen Rückhalt von Nelson Mandela und Frederik de Klerk, sondern in ihrer Führung stand jemand von einer ethisch-moralisch unübertrefflichen Statur wie Bischof Desmond Tutu. Diese Zusammensetzung kann man nur schwer wiederholen, und man kann wirklich sagen, dass dergleichen in keinem anderen Fall gegeben war.

Eine zweite Debatte bezüglich der Wahrheitskommission bezieht sich darauf, ob diese Gesellschaft darauf vorbereitet ist, gelassen auf die Vergangenheit zu blicken. Einige Kommissionen wurden gebildet erst Jahre nach Beendigung von Konflikten, z.B. in Deutschland. Zum Beispiel glaubt Eduardo Pizarro, man müsse zunächst einige Aspekte des Übergangs vom Krieg zum Frieden konsolidieren, ehe man sich einer Aufgabe wie der Wahrheit zuwenden könne. Gleichwohl existiert die Kommission nun als legales Gremium, und in Zukunft wird man sie so gestalten müssen, dass sie nicht zu einem Raum für Rache wird. Wie wird man erreichen, dass sie nicht noch Salz in die Wunden streut, sondern ein Forum bietet, um den Kontext des Krieges zu verstehen?

Dies ist besonders kritisch, weil die Anhörungen durch die Kommission öffentlich sein werden in Gegenden, wo der Nachkonflikt noch nicht ausgestanden ist, sondern wo täglich soziale Führer ermordet werden, wo es dauernde Bedrohungen gibt und ernste Anzeichen für die Rückkehr der Gewalt.

Ein drittes, sehr besonderes Element dieser Kommission ist im Unterschied zu vielen anderen Ländern, dass man in Kolumbien schon viel darüber weiß, was in dem Konflikt geschehen ist. Deshalb muss die Kommission mehr als herauszufinden, was geschah, danach streben, dass jede beteiligte Gruppierung ihre Verantwortung anerkennt. Über das Geschehene wurden bereits unzählige Bände geschrieben. Allein das Zentrum für das Historische Erinnern hat mehr als 50 Berichte veröffentlicht, darunter „Das reicht!“, einen ausführlichen Bericht über ein halbes Jahrhundert Krieg aus der

Perspektive der Opfer. Verschiedene NGOs verfügen über detaillierte Berichte, wie auch die Justiz selbst, vor allem eine Sondereinheit der Staatsanwaltschaft, geschaffen, um einen soziologisch-anthropologischen Rahmen herzustellen für die Prozesse der Speziellen Justiz für den Frieden. Gleichwohl haben die Autoren in vielen dieser Berichte nicht die Akteure des Konflikts konsultiert. Das Militär z.B. ist immer Verleumder des „Das reicht!“ gewesen, weil es der Meinung ist, seine Sicht auf die Vergangenheit sei nie abgefragt worden. Aber auch die Guerrilla betrachtet diese Studien als Ergebnis als Ergebnis einer feindlichen Justiz. Die Autoren vieler Berichte haben auch nicht die Eliten des Landes angehört, die in den Konflikt verwickelt waren.

Dagegen muss die Kommission allen zuhören und die Zuordnung historischer Verantwortung wird keine gern gesehene Aufgabe sein. Die Kommissionen in Guatemala und El Salvador haben z.B. bei ihrer Tätigkeit festgestellt, dass die hauptsächlich Menschenrechtsverletzungen in den dortigen Konflikten durch das Militär begangen wurden. Natürlich war das sehr unbequem, vor allem in Guatemala, wo die Streitkräfte nach Beendigung des Konflikts intakt blieben.

Ein viertes und vielleicht wesentlichstes Risiko liegt darin, dass einige Gruppen unter Wahrheit die Verlängerung des Konflikts und nicht seine Beendigung verstehen. Der Kampf um die Narrative macht es schwierig, eine gemeinsame Schilderung zu konstruieren, über die mehr oder weniger Konsens besteht. Die FARC hat während des gesamten Friedensprozesses darauf gehofft, ihr öffentliches Image dadurch aufzubessern, dass weitere Verantwortliche für die Schrecken des Krieges erscheinen würden. Dies kann durchaus der Fall sein, aber jegliche politische Ausnutzung der Wahrheit könnte sich gegen ihren Effekt der Heilung richten. Ebenso sind bestimmte Teile der Streitkräfte besorgt, weil sie glauben, die Findung der Wahrheit könne sie von Helden zu Schurken werden lassen.

Zusammengenommen wird die Wahrheitskommission die Chance zur Formulierung einer vollständigen und objektiven Darstellung der Geschehnisse in Kolumbien während des Konflikts in ihren Händen haben. Aber sie wird dies in einem sehr widerspenstigen Szenario tun müssen, denn bisher gibt es keinen völligen materiellen Frieden, schon gar nicht einen politischen. Ihre Arbeit bedarf als Ergänzung oder sogar als Voraussetzung der Anstrengung zu einer nationalen Versöhnung. Der Bericht, den sie produzieren wird, kann just diesem Ziel dienen. Wenn nicht, wird sie im Land die Teilung fördern zwischen jenen, die der Meinung sind, dass der Krieg lediglich ein Dämon war und den anderen, die glauben es hätte viele Dämonen gegeben, und das hieße, der Spirale der Gewalt neue Nahrung zu geben.